

**Von:** Raible, Andreas, PST-Wa <Andreas.Raible@bmwi.bund.de>  
**An:** Löschke, Dana, PST-Wa <Dana.Loeschke@bmwi.bund.de>  
**Gesendet am:** 09.10.2020 12:21:05  
**Betreff:** Anforderung für Termin 28.10 / Fachgespräch in LV Sachsen /  
Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens

Liebe Dana,

Bitte Vorbereitung anfordern bis 26.10 in der VI (VIA3)  
28.10 10 Uhr, Austausch mit StM [REDACTED], MdL [REDACTED] und sächsischen Verlegern in Sachen  
Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens

Danke  
AR

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Einhorn, Annika, LB1

Gesendet: Donnerstag, 3. September 2020 12:04

An: Alemany Sanchez de León, Tanja, LB; Baron, Beate, Dr., LB1; Bendrath, Susanne, LB1; BUERO-LB1;  
Driftmann, Friederike, LB1, Referendarin; Eichler, Anna Sophie, LB1; Einhorn, Annika, LB1; Fritz, Sebastian  
Florian, LB1; Geißler, Dominik, Dr., L; Grave, Katharina, LB1; Kleße, David, LB1; NEWSROOM; Ullrich, Dajana,  
LB1; Wagner, Korbinian, LB1/LB3

Cc: [REDACTED] AstMi; [REDACTED] KoorMaWi; [REDACTED] KI/KI 2;  
Buergerdialog; BUERO-L; BUERO-LA1; BUERO-LB2; BUERO-LB4; BUERO-LB5; BUERO-M; BUERO-PRKR;  
BUERO-PST-BA (Bareiß); BUERO-PST-WA (Wanderwitz); BUERO-PST-W-B; BUERO-ST-D-V; BUERO-ST-F;  
BUERO-ST-N; [REDACTED] KoorLR; [REDACTED] ST-D-V; [REDACTED] PST-Ba; [REDACTED]  
[REDACTED] PST-W-B; [REDACTED] M; [REDACTED] KoorMaWi; [REDACTED] KoorLR; KoorLR;  
KoorMaWi; [REDACTED] M; [REDACTED] ST-N; [REDACTED] PST-Wa; [REDACTED]  
LB5; [REDACTED] LB2; [REDACTED] LA; [REDACTED] ST-N; [REDACTED] EC;  
[REDACTED] M

Betreff: SPRACHE Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei die aktualisierte Sprache zur Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens.

Viele Grüße  
Annika Einhorn, LB1

Tel: -6122  
Mobil: [REDACTED]

## Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens

### An LB1 – unmittelbar per Mail

Datum 3.9.2020

Referat VIA3

Bearbeiter/in MinRat Dr. Jungbluth

### I. Sprachregelung

- BT hat im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 2020 am 2.7.2020 den neuen Titel „Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern“ in den BMWi-Haushalt eingestellt.
- Zum Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in DEU sowie zur Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender sollen zusätzliche Mittel für die Unterstützung des Transformationsprozesses im Bereich dieser Presseerzeugnisse zur Verfügung gestellt werden.
- Vorgesehen sind im **Nachtragshaushalt 2020 insg. 20 Mio. Euro** sowie **Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 200 Mio. Euro**.
- Das **BMWi** hat nach dem Beschluss des BT **unverzüglich** damit **begonnen**, ein **Konzept** für die Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens **zu erstellen**.
- In den vergangenen Wochen hat das BMWi **mit zahlreichen Stakeholdern** über die mögliche Ausgestaltung eines Förderkonzepts **gesprochen** (Verlegerverbände, Journalistengewerkschaften, Digitalgeschäftsführer von Verlagen, MdB's, Vertreter der Bundesländer und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien).
- Auf dieser Basis ist das **BMWi aktuell dabei, das Förderkonzept auszuarbeiten. Details zum geplanten Förderkonzept können wir zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht mitteilen**.
- Das Förderkonzept werden wir im nächsten Schritt dem Haushaltsausschuss übermitteln und dann die Förderrichtlinie erstellen und abstimmen (u.a. mit BMF und BRH) sowie ein Umsetzungskonzept erarbeiten.

- Reaktiv: Der Haushaltstitel ist nicht identisch mit dem **Förderprogramm „NEUSTART KULTUR“** → FF **BKM**, Verweis.

## II. Hintergrund

Der Deutsche Bundestag hat im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 2020 am 2.7.2020 beschlossen, das Thema „Zustellförderung“ für Presserzeugnisse aus dem BMAS-Haushalt zu streichen und gleichzeitig einen neuen Titel („Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern“) in den BMWi-Haushalt einzustellen. Zum Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie zur Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender sollen zusätzliche Mittel für die Unterstützung des dringend gebotenen Transformationsprozesses im Bereich dieser Presseerzeugnisse zur Verfügung gestellt werden. Vorgesehen sind im Nachtragshaushalt 2020 insgesamt 20 Mio. Euro. sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 200 Mio. Euro. Eine Sperre ist für den Titel ausdrücklich nicht vorgesehen.

Beim Förderkonzept achtet FE darauf, eine ausgewogene Förderung der drei Pressegattungen zu erreichen. Daher wurden Gespräche mit den Betroffenen und im Ressortkreis insb. mit BKM geführt.

### Intern:

Derzeit liegt BM ein Förderkonzept zur Billigung vor, das eine Zuschussförderung zugunsten der Verlage für Investitionen in die digitale Transformation vorsieht. Danach soll sich der maximale Gesamtbetrag pro Verlag anhand der zugestellten Exemplare und der durchschnittlichen Zustellkosten pro Mediengattung (Abonnementzeitung, -zeitschrift, Anzeigenblatt mit einem redaktionellen Anteil von mind. 30%) ergeben. **Konzept ist noch nicht gebilligt.**

Aufbauend auf einem gebilligten Förderkonzept werden wird FE eine **Förderrichtlinie** erstellen und abstimmen (u.a. mit BMF und BRH, was erfahrungsgemäß einige Monate dauert) sowie ein **Umsetzungskonzept** (insb. Ausschreibung eines externen Projektträgers oder - wenn möglich - Delegation z.B. an das BAFA). Ob eine Mittelbindung (oder gar Auszahlung) schon 2020 erfolgen kann, ist allerdings eher unwahrscheinlich.

## **Konzept für die Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens**

### **Vorbemerkung**

Der Haushaltsgesetzgeber hat am 2. Juli 2020 im Zweiten Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2020 (Kapitel 0910 Titel 683 03) Haushaltsmittel in Höhe von 20 Millionen Euro für die „Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern“ zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel sollen zum „Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie zur Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender für die Unterstützung des dringend gebotenen Transformationsprozesses“ im Bereich der oben genannten Presseerzeugnisse zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig hat der Haushaltsgesetzgeber eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen Euro ausgebracht. Die Mittel sind Kraft verbindlichem Haushaltsvermerk übertragbar und nicht gesperrt.

### **1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage**

Eine unabhängige und vielfältige journalistische Berichterstattung ist essentiell für den demokratischen Willensbildungsprozess auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Sinkende Abonnementzahlen bzw. Auflagenhöhen der Printmedien verteuern jedoch die ohnehin schon hohen Stückkosten. Durch die wirtschaftlichen Einbußen infolge der Corona-Pandemie brechen auch die Anzeigenerlöse bei den Verlagen ein. Zudem entstehen durch die individuelle Zustellung der Printmedien an die Abonnenten hohe Kosten, die die Verlage nicht durch höhere Preise für die Medien ausgleichen können.

Der Rückgang von Printabonnements und das Schrumpfen des Marktes für bezahlte Anzeigen in gedruckten Tages- und Wochenzeitungen sowie Anzeigenblättern erfordern zunehmend einen Wandel etablierter und bewährter Geschäftsmodelle. Aufgrund der hohen Kosten für die Herstellung und die individuelle Zustellung der Printmedien fehlen den Verlagen jedoch finanzielle Ressourcen für die digitale Transformation und digitale Innovationen.

Um zusätzliche Mittel für die Unterstützung des dringend gebotenen Transformationsprozesses im Bereich dieser Presseerzeugnisse zur Verfügung zu stellen, soll mit dem neuen Förderprogramm die erforderliche digitale Transformation des Verlagswesens unterstützt werden. Dadurch wird zugleich der Absatz und die Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern gefördert.

Printmedien haben auch im digitalen Zeitalter eine besondere Bedeutung. Sie stellen eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung – insbesondere im ländlichen Raum – sicher,

denn gerade der deutsche Zeitungsmarkt ist nach wie vor sehr lokal und regional geprägt. Auch den unentgeltlich verteilten Anzeigenblättern kommt mit Blick auf Informationen über Lokalpolitik und die Organisation und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement eine bedeutsame Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu.

Die Förderung der digitalen Transformation bezweckt daher nicht die Abkehr von Printmedien, sondern dient dazu, den Verlagen ein zweites, zukunftssträchtiges Standbein zu verschaffen und ihre Resilienz zu stärken. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie zur Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender geleistet.

Die Förderung erfolgt mittels Zuwendungen des Bundes auf der Grundlage eines Förderaufrufs nach Maßgabe der §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV). Ein Rechtsanspruch der Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Der Zuwendungsgeber entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## **2. Gegenstand der Förderung**

Es handelt sich um eine Förderung der digitalen Transformation von Abonnementzeitungen und -zeitschriften und von Anzeigenblättern mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent. Die geplante Innovationsförderung muss sicherstellen, dass die Unabhängigkeit der Redaktionen gänzlich unberührt bleibt.

Mit Blick auf den erforderlichen Anreizeffekt im Sinne einer inhaltlichen Lenkungswirkung einer staatlichen Förderung ist ein nachträglicher Ausgleich von Kosten oder die freie Verfügbarkeit von Zuschüssen ohne inhaltliche Bindung grundsätzlich nicht möglich. Die Förderung soll daher als nicht rückzahlbarer Zuschuss für künftige Investitionen in die digitale Transformation erfolgen.

Gefördert werden beispielsweise Investitionen in die digitale Markterschließung, in Technologien zur Verbreitung der Inhalte sowie den Verkauf digitaler Anzeigen. Dazu können gehören: Investitionen in den Aufbau von Online-Shops, Rubrikenportalen und Apps sowie den Aufbau eigener oder verlagsübergreifender Plattformen zum Vertrieb der Inhalte, die Entwicklung und technische Umsetzung von Bezahlungssystemen, digitalen Abonnementmodellen und Podcasts/Audio, die Qualifizierung/Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Entwicklung digitalisierter Systeme zum Content Management und zu Datenanalysen. Umfasst sind Anschaffungskosten für die notwendige Hard- und Software, die einen entsprechenden Mehrwert hinsichtlich der angestrebten digitalen Transformation bieten.

Bei der Umsetzung des Konzeptes ist dafür zu sorgen, dass eine Doppelförderung mit anderen Programmen (insbesondere „Digital Jetzt“, „go-digital“, NEUSTART KULTUR) ausgeschlossen ist.

Die diskriminierungsfreie Förderung aller Presseprodukte gebietet zudem die Berücksichtigung der unterschiedlichen Startvoraussetzungen und Entwicklungsstadien der Mediengattungen. So besteht bei der Anzeigenblattbranche beispielsweise noch ein hoher Bedarf an grundlegenden Schulungen und Förderung der Innovationskultur in den Verlagen, während Zeitungen und Zeitschriften bereits Digitalabonnements anbieten und die Digitalisierung schon weiter vorangetrieben haben.

### **3. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind die Verlage, die Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblätter in Deutschland physisch zustellen.

### **4. Höhe der Zuwendungen**

Insgesamt stehen 220 Millionen Euro zur Verfügung. Eine Mittelbindung oder ein Mittelabfluss der für das laufende Haushaltsjahr vorgesehenen und nicht übertragbaren Haushaltsmittel in Höhe von 20 Millionen Euro ist angesichts der erforderlichen Verfahren (u.a. Erarbeitung und Abstimmung der erforderlichen Förderrichtlinie sowie Beauftragung eines Projektträgers) voraussichtlich nicht mehr möglich. Die für künftige Haushaltsjahre vorgesehenen Haushaltsmittel sollen größtenteils (d.h. in Höhe von 180 Millionen Euro) im Jahr 2021 bewilligt werden und kassenmäßig abfließen. Für das Haushaltsjahr 2022 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe des Restbetrags (d.h. von 20 Millionen Euro) vorgesehen.

Eine Privilegierung einzelner Verlage im Rahmen der staatlichen Förderung muss verhindert werden. Daher sollen alle Verlage diskriminierungsfrei anhand eines objektiven Förderschlüssels gefördert werden. Als neutraler Verteilungsmaßstab bietet sich die aktuelle Reichweite oder Auflage (d.h. die Zahl der aktuell (physisch) zugestellten Exemplare) an. Dies sind laut Branchenangaben etwa 8,2 Milliarden Exemplare, davon 3,3 Milliarden Zeitungen, 560 Millionen Abonnementzeitschriften (Publikums- und Fachzeitschriften) und 4,3 Milliarden Anzeigenblätter. Dabei sollen die je nach Mediengattung sehr unterschiedlichen Kosten der Zustellung (bei Zeitungen 0,54 Euro, bei Zeitschriften 0,595 Euro und bei Anzeigenblättern 0,21 Euro) als neutraler Faktor berücksichtigt werden, denn die Zustellung gedruckter Exemplare verursacht hohe Verbreitungskosten, die bei digitalen Medien nicht anfallen.

Die Gesamtfördersumme in Höhe von 200 Millionen Euro ist sachgerecht auf die drei Mediengattungen (Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblätter mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent) zu verteilen. Bei der Aufteilung werden für jede Mediengattung gesondert die Zustellkosten (anhand der durchschnittlichen Zustellkosten pro

zugestelltem Exemplar und der jeweiligen Auflage) berücksichtigt. Auf Basis von Branchenangaben würden dementsprechend vom Gesamtbetrag (abzüglich der Administrationskosten in Höhe von insgesamt 5 Prozent) auf Abonnementzeitungen etwa 59 Prozent, auf Abonnementzeitschriften etwa 11 Prozent und auf Anzeigenblätter etwa 30 Prozent entfallen.

Der maximale Förderbetrag pro Verlag ergibt sich aus dem Anteil an der Gesamtauflage pro Gattung. Dieser Betrag könnte ausbezahlt werden, sofern der Verlag entsprechende Investitionen in die digitale Transformation schlüssig nachweist (nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von maximal 45 Prozent der Investitionssumme).

## **5. Verfahren**

Nach der Billigung des Förderkonzepts durch den Bundesminister für Wirtschaft und Energie wird die erforderliche Förderrichtlinie erarbeitet und mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) sowie dem Bundesrechnungshof (BRH) abgestimmt. Zudem ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und ggf. eine Notifizierung bei der Europäischen Kommission (vgl. 6.) erforderlich.

Parallel dazu wird für die Abwicklung durch einen Projektträger eine Ausschreibung (oder alternativ die Beauftragung des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)) erfolgen.

Antragstellung, -bewilligung und Verwendungsnachweis für die Investitionsförderung sollen weitestgehend automatisiert, digital und medienbruchfrei erfolgen, um eine schnelle und unbürokratische Abwicklung zu ermöglichen.

## **6. Beihilferecht**

Aufgrund der gewünschten Förderhöhe und Zielgruppe kommt eine Anwendung der De-minimis-Verordnung oder der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) aller Voraussicht nach nicht in Betracht. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die geplante Förderung als eine staatliche Beihilfe im Sinne der Vorschriften des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) einzustufen und damit grundsätzlich notifizierungspflichtig ist. Ein entsprechender Antrag, voraussichtlich auf der Grundlage des Artikels 107 Abs. 3 lit. c AEUV (Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete), wird parallel vorbereitet und bei der EU-Kommission gestellt.

Die Förderanträge der Verlage können erst dann bewilligt werden, wenn die EU-Kommission die Förderung, soweit erforderlich, beihilferechtlich genehmigt hat.

ORIGINAL

Berlin, 22. Oktober 2020

## Terminvorbereitung

PSt Wa  
a.d.D.

*Büro PSt Wa*  
*let. Danke*  
*zurück 28/10*  
*Jan*

### Betr.:

Gespräch mit StM [REDACTED]  
und MdL [REDACTED]  
sowie sächsischen Verlegern (N.N.)  
**Thema:** Förderung der digitalen Transformation  
des Verlagswesens

**Ort:**  
LV Sachsen

**Für den Termin am: 28.10.2020 um 10.00 Uhr**

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben  
Abdruck erhalten.

Anlagen: 1) Förderkonzept

### Anlass/Rahmen:

Das Gespräch findet auf Bitten von Herrn StM [REDACTED] statt.

### Gesprächspartner:

[REDACTED]	<b>Staatsminister</b> [REDACTED]
------------	----------------------------------

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	S-201009-015
Eingang Leitung	23.10.2020
eDW-M- Nr.:	2020.10.09/00046


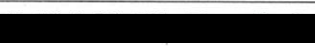
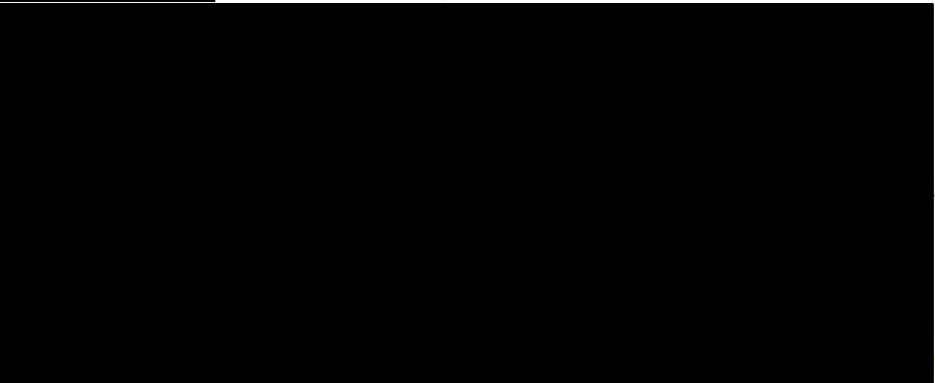
Abzeichnungsleiste

St	<i>m 23/20</i>
AL	i.V. Brö, VIA 22.10.20
UAL	

*fu- 23/10*

Referatsinformationen

Referats- leiter/in	MR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3 22.10.20
Bearbei- ter/in	RD'in Förster (-6458) GCF, VIA3 22.10.20
Mit- zeichnung	—
Referat und AZ	VIA3 - 60209-001- 01#001

	<div data-bbox="494 145 1098 190">MdL </div> 
	<b>Sächsische Verleger</b> N.N. (Namen und Verlage bislang unbekannt)

#### Gesprächsziel und Interessenlage

**Werben für das von BM gebilligte Förderkonzept, das die digitale Transformation des Verlagswesens vorantreiben soll, aber auch die Kosten der Zustellung berücksichtigt: Der maximale Förderbetrag pro Verlag bemisst sich anhand der Anzahl der zugestellten Exemplare und der durchschnittlichen Zustellkosten.**

### **Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens**

Bei diesem neuen Haushaltstitel (2. Nachtragshaushalt 2020) in Höhe von insg. 220 Mio. Euro handelt es sich um eine **Förderung der digitalen Transformation von Abonnementzeitungen und -zeitschriften und von Anzeigenblättern** (mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30%) im Rahmen einer **Innovationsförderung**. Ziel des Vorhabens ist es, die **digitale Transformation des Verlagswesens** voranzutreiben, indem der dringend gebotene Transformationsprozess im Bereich dieser Presseerzeugnisse durch zusätzliche Mittel unterstützt wird.

Hierdurch soll wiederum der **Absatz und die Verbreitung** dieser Presseerzeugnisse gefördert werden. Letztlich dient das Vorhaben dem Erhalt der **Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland** sowie der **Stärkung des Journalismus** und darin tätiger Medienschaffender.

Hintergrund: **Sinkende Abonnementzahlen bzw. Auflagenhöhen der Printmedien** verteuern die ohnehin schon hohen Stückkosten. Durch die **wirtschaftlichen Einbußen infolge der Corona-Pandemie** brechen auch die **Anzeigenerlöse** bei den Verlagen ein. Zudem entstehen durch die **individuelle Zustellung der Printmedien** an die Abonnenten hohe Kosten, die die Verlage nicht durch höhere Preise für die Medien ausgleichen können.

Der **Rückgang von Printabonnements** und das **Schrumpfen des Marktes für bezahlte Anzeigen** in gedruckten Tages- und Wochenzeitungen sowie Anzeigenblättern erfordern zunehmend einen **Wandel etablierter und bewährter Geschäftsmodelle**.

Aufgrund der hohen Kosten für die Herstellung und die individuelle Zustellung der Printmedien fehlen den Verlagen jedoch **finanzielle Ressourcen für die digitale Transformation und digitale Innovationen**.

Konkret geplant ist eine **Zuschussförderung (nicht rückzahlbarer Zuschuss) für künftige Investitionen** der Verlage in die digitale Transformation. Gefördert werden beispielsweise **Investitionen in die digitale Markterschließung, in Technologien zur Verbreitung der Inhalte sowie den Verkauf digitaler Anzeigen**.

Dazu können gehören: Investitionen in den Aufbau von Online-Shops, Rubrikenportalen und Apps sowie den Aufbau eigener oder verlagsübergreifender Plattformen zum Vertrieb der Inhalte, die Entwicklung und technische Umsetzung von Bezahlssystemen, digitalen Abonnementmodellen und Podcasts/Audio, die Qualifizierung/Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Entwicklung digitalisierter Systeme zum Content Management und zu Datenanalysen. Umfasst sind Anschaffungskosten für die notwendige Hard- und Software, die einen entsprechenden Mehrwert hinsichtlich der angestrebten digitalen Transformation bieten.

Der **maximale Förderbetrag** pro Verlag bemisst sich anhand der **Anzahl der zugestellten Exemplare** und der **durchschnittlichen Zustellkosten pro Mediengattung**, um die Unabhängigkeit der Presse und eine Privilegierung einzelner Verlage zu vermeiden.

**Förderkonzept** (vgl. Anlage) wurde von BM gebilligt und an die Berichterstatter für den BMWi-Haushalt übersandt.

In **Sachsen** gibt es im Wesentlichen folgende **Abonnementzeitungen**:

- Freie Presse: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co KG; Erstausgabe 1963; regionale Tageszeitung für den ehemaligen Bezirk Chemnitz; galt in der DDR als auflagenstärkste Regionalzeitung; größte Abonnement-Zeitung Sachsens; [REDACTED]
- Sächsische Zeitung: DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG; Erstausgabe 1946; im Osten Sachsens erscheinende Tageszeitung; auflagenstärkste Zeitung in ihrem Verbreitungsgebiet (ehemaligen Direktionsbezirk Dresden); [REDACTED]
- Leipziger Volkszeitung: Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft; Erstausgabe 1894; einzige lokale Tageszeitung in Leipzig und damit eine Monopolzeitung; [REDACTED]
- Morgenpost für Sachsen: Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG; Erstausgabe 1990; zweitgrößte Zeitung der Region; regionale Boulevardzeitung, die in den Städten Dresden und Chemnitz sowie deren Umgebung erscheint (auch im Raum Leipzig erhältlich); [REDACTED]
- Dresdner Neueste Nachrichten: Verlag Dresdner Nachrichten GmbH & Co. KG; Erstausgabe 1990; regionale Tageszeitung, die in der Stadt Dresden und ihrer Umgebung erscheint; drittgrößte Zeitung der Region; [REDACTED]

- Döbelner Anzeiger: Dresdner Druck- & Verlagshaus GmbH & Co. KG; Erstausgabe 1990; Lokalausgabe der Sächsischen Zeitung; [REDACTED]
- Vogtland-Anzeiger: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG; Erstausgabe 1990; Tageszeitung, die im sächsischen Vogtland erscheint; [REDACTED]

Daneben gibt es im Wesentlichen folgende **Anzeigenblätter** in Sachsen (nur Mitglieder des BVDA):

- Verlag Anzeigenblätter GmbH Chemnitz
  - Wochenkurier Lokalverlag GmbH & Co. KG
  - Leipzig Media GmbH.
- 
- BMWi hat in den vergangenen Monaten mit zahlreichen **Stakeholdern** über die mögliche Ausgestaltung eines Konzepts für die Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens gesprochen, darunter **Verlegerverbände** [BDZV, VDZ, BVDA, VDLJ], Journalistengewerkschaften, Digitalgeschäftsführer von Verlagen, Mitglieder des Deutschen Bundestages, Vertreter der Bundesländer [Amt Medien in Hamburg und die Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz] sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.
  - Auf Basis dieser Gespräche ist in enger Abstimmung mit der BKM ein **Förderkonzept** erarbeitet worden.
  - Konkret geplant ist eine **Zuschussförderung für Investitionen** der Verlage in die digitale Transformation.
  - Die Förderung soll als **nicht rückzahlbarer Zuschuss für künftige Investitionen** in die digitale Transformation erfolgen.
  - Gefördert werden sollen beispielsweise **Investitionen in die digitale Markterschließung, in Technologien zur Verbreitung der Inhalte sowie den Verkauf digitaler Anzeigen.**

- Das Förderkonzept wird derzeit mit Blick auf eine etwaige beihilferechtliche **Notifizierung** informell mit der **EU-KOM** erörtert *[Pränotifizierung läuft]*.
- BMWi wird nun mit der Erstellung der erforderlichen **Förder-richtlinie** beginnen, um den Abfluss eines Großteils der Mittel *[180 Mio. Euro]* im Jahr 2021 sicherzustellen. *[Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 iHv 20 Mio. Euro]*
- Aufgrund der erforderlichen Verfahren und Abstimmungen der Förderrichtlinie ist eine Mittelbindung oder ein Mittelabfluss der für das **Jahr 2020** bereitgestellten 20 Mio. Euro noch in diesem Jahr **unwahrscheinlich**.